Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 94 | Halver, Sonnabend, den 22. April | 1950

So wird das demokratische Leben Westdeutschlands nicht gefördert

Ein lähmender Schlag für den Bund

Das Steuerdiktat der Hohen Kommissare ein Schadzug gegen Adenauer?

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 22. April

Die Alliierten sind dem Bundeskanzler beim Kampf um das Besatzungsstatut zuvorgekommen. Sie haben mit ihren Vetos das Inkrafttreten des Bundesbeamten- und des Einkommensteuergesetzes „vorläufig" verhindert. Die Hohen Kommissare haben den Willen des nach demokratischen Grundsätzen gewählten deutschen Parlaments mit einem Federstrich zunichte gemacht.

Diese Tatsache ist verletzend, nicht nur deswegen, weil durch eine solche Maßnahme das demokratische Gefühl, das doch um jeden Preis im deutschen Volk gefördert werden soll, empfindlich berührt wird, sondern auch, weil die Sachkenntnis und das Verantwortungsgefühl der Abgeordneten und Regierungsmitglieder in Zweifel gezogen wird.

Auf den ersten Blick möchte es scheinen, als ob die Hohen Kommissare aus rein sachlichen Gründen ihr Veto aussprachen, aber die Begründung läßt ein Ignorieren des Willens des deutschen Parlaments nicht gerechtfertigt erscheinen. Es bleibt also nur die Schlußfolgerung übrig, daß die Hohen Kommissare auf dem Wege über das Veto den Bundeskanzler in die Verteidigung zwingen wollten. Dies ist ihnen gelungen, aber der Preis für diesen „Überraschungserfolg" ist doch ein wenig hoch. Vielleicht sagt man sich heute schon auf dem Petersberg, daß die öffentliche Brüskierung des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung von einer Verächtlichmachung dieser demokratischen Institutionen der Bundesrepublik nicht allzuweit entfernt sei. Ob durch eine solche bedauerliche Zuspitzung dem friedlichen Aufbau des kaum aus der Taufe gehobenen deutschen Staates ein Dienst geleistet wurde, ist eine Frage, die auf dem Petersberg selbst beantwortet werden möge.

Kabinettsrücktritt nicht ausgeschlossen

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 21. April

Bundesfinanzminister Schäffer, der in der ersten Verärgerung über die Ablehnung von Rücktrittsabsichten sprach, wird seine Geschäfte weiterführen. Von einer Gesamtdemission der Bundesregierung ist noch keine Rede, wenn auch einzelne Kabinettsmitglieder eine solche Möglichkeit für den Fall, daß die Alliierten bei ihrer Ablehnung bleiben sollten, nicht für ganz ausgeschlossen erklärten.

Wie weiter bekanntgegeben wurde, will Bundeskanzler Dr. Adenauer in den nächsten Tagen mit den Hohen Kommissaren über ihren vorläufigen Einspruch gegen das Einkommensteuergesetz verhandeln. Besonderer Wert wird von ihm auf eine Besprechung mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy gelegt, da von dieser Seite die stärksten Einwände gegen das Steuergesetz erhoben worden waren.

Alle großen Aufbaupläne gefährdet

dmt. Bonn, 21. April

Das Veto der alliierten Hohen Kommission gegen das Einkommensteuergesetz wurde in buchstäblich letzter Stunde vor Ablauf des Einspruchrechts erhoben, weil die Ansicht des Bundesfinanzministers, die Steuersenkung werde eine Besserung der Finanzlage jzur Folge haben, auf dem Petersberg nicht geteilt wird. Die Alliierten halten den Zeitpunkt einer Steuersenkung für verfrüht und weisen darauf hin, daß die ersparten Steuerbeträge, die sich auf etwa eine Milliarde D-Mark belaufen würden, keinesfalls den Steuerpflichtigen allein zugute kommen dürften, sondern in Form von Investitionsmitteln der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden müßten. Die deutsche Wirtschaft sei in so hohem Maße kapitalbedürftig, daß selbst der Weg des Zwangssparens beschritten werden müßte, bevor an eine Befriedigung des Kapitalbedarfs durch ausländische Kredite gedacht werden könne.

FDP und CDU nahmen in scharfen Erklärungen zu dem alliierten Veto Stellung, das sie als „rigorosen Eingriff in innerdeutsche Angelegenheiten" bezeichnen. Durch Ablehnung des Einkommensteuergsetzes würden alle großen Pläne der Bundesregierung, in erster Linie das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das Wohnungsbauprogramm und der Lastenausgleichs, gefährdet und eine unverantwortliche Unsicherheit in die deutsche Wirtschaft getragen. Zwangssparen oder Zwangsinvestitionen in irgendeiner Form würden unser ganzes Wirtschaftssystem über den Haufen werfen.

Der Petersberg will einlenken

Wahrscheinlich ein Steuer-Kompromiß

dmt. Bonn, 22. April

Zu dem abgelehnten Steuergesetz will die Hohe Kommission einen Kompromißvorschlag machen. Sie sind zwar mit einer Herabsetzung der Steuer einverstanden, glauben aber, daß die Deutschen nicht so steuerehrlich sind, wie der Bundesfinanzminister es erwartet. Deshalb sollte nach alliierter Ansicht die Bundesregierung gewisse Steuern erhöhen oder eine Luxussteuer schaffen, damit ein evtl. Defizit gedeckt werden kann. Sollten die Deutschen jedoch steuerehrlich sein und sollte die Annahme des Bundesfinanzministers, der Steuersenkungsbetrag käme durch die Ehrlichkeit wieder herein, zu Recht bestehen, so könnten die neuen Steuern wieder abgeschafft werden.

Maßgeblich für den Einspruch der Hohen Kommission war auch die psychologische Wirkung auf die Amerikaner, deren Steuern vor kurzem erhöht wurden. Die alliierten Hohen Kommissare haben über den Einspruch nicht abgestimmt. Der britische Hohe Kommissar war auf der Sitzung in Berlin grundsätzlich gegen die Mißbilligung des deutschen Gesetzentwurfes.

Besatzungstruppen garantieren Sicherheit

McCloy sprach in Berlin — Nach wie vor keine deutsche Armee

dmt. Berlin, 21. April

Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy nahm in Berlin zu verschiedenen politischen Tagesfragen Stellung und erklärte vor allem im Hinblick auf den FDJ-Pfingstaufmarsch, daß er absolutes Vertrauen in die alliierten Kommandanten, in die Berliner Stadtverwaltung und in die Berliner Bevölkerung setze und daß er keinerlei Bedenken habe, daß diese mit dem Pfingstaufmarsch der FDJ nicht fertig werden würden.

Zum Einkommensteuergesetz

sagte der Hohe Kommissar, daß der alliierte Einspruch nur deswegen erfolgt sei, weil der deutsche Haushalt unter allen Umständen ausbalanciert werden müsse. Für den zu erwartenden Steuerausfall müsse daher die Deckungsmöglichkeit aus anderen Quellen nachgewiesen werden. Grundsätzlich habe die alliierte Hohe Kommission nichts gegen die Herabsetzung der deutschen Einkommensteuer. Eine Revision des Besatzungsstatuts sei vorläufig nicht zu erwarten. Sie stehe jedenfalls nicht auf dem Programm der Londoner Außenministerkonferenz.

Die Frage, ob Deutschland eine Armee erhalten werde, verneinte McCloy. In diesem Punkte hätte sich die Auffassung der Alliierten keineswegs geändert. Selbst die Aufstellung einer deutschen Armee in der Sowjetzone würde die Einstellung der westlichen Alliierten in diesem Punkte nicht ändern. Das von der Bundesregierung wiederholt geäußerte Verlangen nach einer

Sicherheitsgarantie

sei eine Frage höherer Instanzen. Aber es seien bereits eindeutige politische Erklärungen in diesem Zusammenhang abgegeben worden, außerdem beweise die Anwesenheit alliierter Besatzungstruppen, daß die alliierten Mächte die Sicherheit Deutschlands garantieren wollten. Ein Zusammenhang eventuell in Berlin erfolgender freier Wahlen mit dem Abzug der Besatzungstruppen verneinte der amerikanische Hohe Kommissar. Selbst ein Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen würde keine Zurücknahme der westlichen zur Folge haben.

Zum Schluß kam McCloy auf die manchmal zum Ausdruck gebrachte angebliche Notwendigkeit der

Erhöhung der deutschen Stahlproduktion

zu sprechen und erklärte, daß ein offizieller Antrag hierzu von deutscher Seite noch nicht gestellt worden sei. Sollte ein solcher Wunsch ausreichend begründet sein, zum Beispiel mit der notwendigen Erhöhung der Industriekapazität oder der Linderung der Arbeitslosennot, würde er wahrscheinlich berücksichtigt werden. Denn die Alliierten beabsichtigten keineswegs, die deutsche Produktion zu hemmen.

Hat Carlo Schmid das empfohlen?

Die Frage, wie die westdeutsche Bundesrepublik sich nach Ablauf des Marshallplanes wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen gedenkt, um einen vollständigen Zusammenbruch seiner ökonomischen und damit auch staatlichen Position im Herzen Europas zu verhindern, tritt immer drohender in Erscheinung und wird von allen weiterblickenden Politikern als die Kernfrage der Zukunft betrachtet. Es sollte dabei eigentlich selbstverständlich sein, daß bloß propagandistisch-ideologische Schranken kein unübersteigliches Hindernis sein dürften, wenn es darum geht, alle, aber auch die letzten Exportchancen zu nutzen. Mit Recht hat Vizekanzler Blücher vor wenigen Tagen in einem Interview zum Ausdruck gebracht, daß jede Intensivierung des westdeutschen Handelsverkehrs mit dem Osten, zumal es sich dabei niemals um Kriegsmaterial handeln kann, nicht nur keinerlei politische Gefahr in sich schließt, sondern umgekehrt ein Nebeneinander der Völker ermöglicht. „Wenn jetzt", so sagte er wörtlich, „andere europäische Staaten wichtige Güter liefern, so werden diese nicht dadurch gefährlicher, wenn diese Lieferungen aus Deutschland kommen".

Was aber soll man dazu sagen, wenn jetzt der westdeutsche Handelskorrespondent der „New York Times", Michael L. Hoffmann, aus Düsseldorf seinem Blatt die geradezu sensationelle Mitteilung von einer kürzlichen Unterredung zwischen Prof. Carlo Schmid und amerikanischen Besatzungsbeamten macht, in der Prof. Schmid die Alliierten auffordert, ein vollständiges Verbot jeden westdeutschen Handels mit dem Osten zu erlassen. Als Begründung dient ihm dabei die These, daß die Ruhr-Industriellen versuchen würden, sich mit dem Kommunismus zu verständigen, ebenso wie sie „unter Hitler überlebt hätten". Auf die Frage, wie in solchem Falle Westdeutschland seinen Importbedarf befriedigen wolle, gab er kurz und bündig zur Antwort, das sei eine Angelegenheit der Amerikaner.

Man kann sich darüber nur wundern. Im allgemeinen ist es Kolonial- oder Protektoratsländern vorbehalten, ihre Herrenvölker oder Mutterstaaten für die Deckung des notwendigen Lebensbedarfes verantwortlich zu machen. Umso mehr muß es überraschen, wenn hier von westdeutscher Seite selbst eine derartige Auffassung vertreten wird, die im Grunde genommen eine Verewigung der westdeutschen Abhängigkeit befürwortet. Wir glauben jedenfalls nicht, daß die Arbeiter im Ruhrgebiet lieber stempeln gehen würden, um von den Almosen eines eventuell verlängerten Marshallplans zu leben, als an der Herstellung etwa von Schienen für China zu arbeiten.

T. G.

Wir machen mit!

Von

Dr. Albert Düsenberg

Endlich ein Feldzug, den wir begeistert mitmachen werden! Wir bitten sogar dringend, nicht ausgeschlossen zu sein. Wir meinen den Feldzug für die Wahrheit, zu dem Präsident Truman jetzt aufgerufen hat. Wenn es sich auch vorwiegend um eine Maßnahme gegen den Kommunismus handelt, so werden die Initiatoren sich hoffentlich dessen bewußt sein, daß nur mit einer begrenzten bzw. geteilten Wahrheit auf die Dauer nicht weit zu kommen ist. Viel wäre schon gewonnen, wenn wenigstens die mit den USA befreundeten Mächte sich diesen neuesten Bemühungen um Wahrheitsliebe sehr allgemein anschließen und unter sich entsprechend praktizieren würden. Für Deutschland wäre damit sehr viel gewonnen — und das sollte man uns endlich mal gönnen.

Uns ist in letzter Zeit manches unberechtigt vorgeworfen und sogar listig in die Schuhe geschoben worden. Trotzdem wären wir weitherzig zu einer gedanklichen Amnestierung der großen Unterlassungssünder im Kreise der Sieger bereit. Nachdem man sich unserer (nicht neuen) Erkenntnis über die großen Gefahren des Bolschewismus anzuschließen beliebt, sollten die Westmächte sich gleichzeitig bemühen, uns aus der Rolle des Prügelknaben herauszuheben, der immer dann die Schuld auf sich zu nehmen hat, wenn bei den anderen etwas nicht klappt. Es liegt uns fern, jetzt nach dem Truman'schen Stichwort den Erfahrungsgesättigten nach Art eines schadenfrohen Besserwissers herauszukehren. Wir nehmen liebend gern stille Kenntnis von jedem Einsichtigen. Uns kommt es ganz allein auf eine möglichst breite Praxis an, mit der dem Bolschewismus Nährboden entzogen werden kann, denn wir sitzen ihm am nächsten.

Eins allerdings müssen wir hier bemerken: in Westdeutschland haben wir uns in den vergangenen fünf Jahren ehrlich bemüht, aus dem demokratischen Nachhilfeunterricht etwas zu lernen. Wir glauben nicht, eine Charakterisierung als sogenannte Hilfsschüler verdient zu haben. Des öfteren sind wir sogar schon als sehr gelehrige Schüler mit schmeichelhaften Zensuren bedacht worden. Trotzdem kriegen wir von Zeit zu Zeit eins mit dem Holzhammer. Dann wird uns bedeutet, daß unser guter Wille für echte Wandlung doch noch nicht ausreiche. Wir bleiben wohl in den Augen der anderen politische Trottel, solange wir darauf bestehen, uns gute Deutsche nennen zu dürfen, wie etwa Franzosen oder Briten oder Amerikaner auf ihre Nationalität stolz sind. Soll einen solchen Trottel nicht Bajazzo-Stimmung erfüllen, wenn er beobachten muß, wie gerade ihm gegenüber die Wahrheit stets im Sinne der anderen zurechtgebogen wird? Bis dann in Augenblicken höchster internationaler Krise die anderen für sich eine frappierend plötzliche Wandlungsfähigkeit in Anspruch nehmen und als erleuchtete Kreuzritter auftreten. Wir sind nicht fähig, uns von angeblich schlechten Menschen zu guten zu wandeln, die anderen schaffen das spielend nach dem Knopfdrucksystem.

Die Deutschen in ihrer Mehrheit sind nicht aus einem Holz geschnitzt, das sich schon im leichten Winde beugt. Wir lieben es auch nicht, unsere Gesinnung wie die Hemden zu wechseln. Sind das nicht menschliche Qualitäten, denen Achtung gezollt werden darf? Wir haben unser Los seit 1945 still getragen. Weder dickköpfig noch lauernd. Ein neues Leben wollten wir gestalten, und wir waren aufgeschlossen gegenüber allen guten Ratschlägen. Vielleicht hat gerade unsere Lammesfrömmigkeit die Wölfe angelockt. Schön, dies wäre in unseren Augen keine Schuld, die uns als Besiegte zu drücken braucht, nur haben wir allen Grund, über jeden tückischen Lehrmeister traurig zu sein.

Was bleibt eigentlich an Effektivleistungen für eine friedliche Weltordnung übrig, wenn wir die letzten fünf Jahre überprüfen? Entmutigend wenig gegenüber dem Aufwand an zündenden Worten, Verheißungen und Beschwörungen. Keines der schwebenden Probleme wollen wir in seiner Bedeutung bagatellisieren, doch die Wirkung ihrer bisherigen Behandlung legt es uns nahe, sie mit Seifenstücken zu vergleichen, die im Schaum verschwinden, sobald wir sie uns nützlich machen wollen. Leider hat der politische Schaum bisher wenig Reinigungskraft gezeigt. Konferenzen hat es früher schon gegeben auch in einer Art Fließbandfolge, und die Völker haben sich zeitweise bereits nähergestanden als heute. Sie werden umworben und auch gelobt, wenn sie einzelnen Persönlichkeiten oder Cliquen dienen sollen. Im übrigen werden sie alle sich allmählich vorkommen wie Vorzimmerstatisten einer Handvoll Generaldirektoren, die Mitarbeitermassen brauchen, es jedoch nicht lieben, sich in die Karten schauen zu lassen.

Wir Deutschen sind es bestimmt nicht allein gewesen, die sich vor fünf Jahren vom neuen Leben einiges versprochen haben. Weniger [illegible] schnell greifbaren, kostbaren Gütern für den einzelnen, als von der Atmosphäre, die sich [illegible]

Die Seite der Heimat

Halver, 22. April 1950

Kleine Unruhe

Ich weiß nicht, wie es geschehen konnte, aber es ist jedenfalls geschehen. Meine kleine Taschenuhr steht still und auch das berühmte Klopfen (der Uhrmacher verdammt es, aber wir tun es alle!) kann den Sekundenzeiger nicht veranlassen, mit fröhlichem Ticken den ewigen Rundlauf weiter zu verfolgen. Die kleine Unruhe steht still in dem Werk, und ich weiß, nun ist eine Zeit der großen Unruhe über mich gekommen.

Wie seltsam dies ist. Solange meine Taschenuhr mir die Zeit, gleichsam in kleinen Sekundenstücken, zumaß, spielten die Minuten gar keine Rolle im Leben. Aber nun, da die Zeit in meiner Tasche stillsteht, und ich sie nur in größeren Zeitabständen von Normaluhren und ähnlichen Instrumenten beziehen kann, habe ich stets die Angst, irgendwo und irgendwie zu spät zu kommen. Außerdem: die Zeit gehört gar nicht mehr mir, seit ich sie nicht mehr in meiner Tasche trage. Sie ist gewissermaßen unpersönlich geworden, fremd und fast feindlich. Ich kann auf einmal gar nicht mehr verstehen, wie der Mensch ohne Zeitmesser leben kann. Das leise Ticktak — ein Geräusch, das man fast gar nicht hören konnte — fehlt. Die Stille, die an seine Stelle getreten ist, ist unbehaglich.

Man vertraut seine Taschenuhr ebenso ungern fremden Händen an, wie den eigenen Körper. Aber es muß sein. Sorgsam wie ein freundlicher Arzt, wird der Uhrmacher meine kleine Geliebte in Empfang nehmen. Durch eine dicke Lupe wird er sie begutachten und mancherlei bei ihr feststellen, von dem mein Laienherz nichts ahnt. Aber von dem, was uns beide verbindet, weiß er gar nichts. Wenn er sie mir wieder zurückgibt, wird die kleine Unruhe wieder spielen und meine große Unruhe wird vorüber sein, denn ich habe meine Zeit wieder. Meine Zeit, mit der ich machen kann, was ich will — und nicht die Normalzeit, die uns allen zugemessen wird.

-m

☐ **Wetter- und Bauernregeln für Monat April.** Es ist nicht anders zu erwarten, als daß ein so merkwürdiger Monat, wie es der April dem Wetter nach ist, durch alle möglichen Bauern- und Wetterregeln seine Deutung erhält. So heißt es: Nasser April, verspricht der Früchte viel, April windig und trocken, macht alles Wachstum stocken. — Bleibt der April recht sonnig warm, macht er den Bauern auch nicht arm! — Gedeiht die Schnecke und die Nessel, füllt sie die Speicher und die Fässel. — Ist der April sehr trocken, dann geht der Sommer nicht auf Socken! — Donnert's im April, so hat der Reif ein Ziel. — Wenn der April bläst in sein Horn, so steht es gut um Heu und Korn. — Frösche zu Anfang April, bringt den Teufel in Spiel. — Wenn die Grasmücken fleißig singen, werden frühen Lenz sie bringen.

☐ **5722 Volksschulen in Nordrhein-Westfalen.** Das statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen hat eine umfassende „namentliche Liste der öffentlichen und privaten Volksschulen in Nordrhein-Westfalen nach dem Stand vom 10. Juni 1949" herausgegeben. Die Angaben sind nach Verwaltungsbezirken geordnet unter Berücksichtigung der weltanschaulichen Eigenart jeder Schule mit den entsprechenden Schüler- und Lehrerzahlen und Aufgliederung derselben nach Konfessionen. Es gibt danach in Nordrhein-Westfalen insgesamt 5722 Volksschulen, die 35949 Klassen und 1 708 424 Schüler umfassen. 32 203 hauptamtliche Lehrkräfte sind an diesen Schulen tätig. Von den Suchlkindern sind 40% evangelisch und 59% katholisch.

Die Glocke ruft!

616 Jahre alt ist unsere älteste Halversche Glocke – Wann wird sie wieder Gefährtinnen haben?

von Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus

Wir können eigentlich nur von einer Glocke berichten, von unserer Läuteglocke. Sie ist die Glocke, obwohl wir außer ihr noch Glöckchen haben. Sie ist ehrwürdig und alt. Einen ehrenwerten Gast nimmt man in die Mitte, man geleitet ihn zu beiden Seiten. Dieses ehrenvolle Geleit hat unsere alte Glocke von altersher gehabt. Denn ehrwürdig waren einst auch die beiden Glocken an ihrer Seite. Da stammte die größte aus dem geschichtlich denkwürdigen Jahre des Siebenjährigen Krieges, dem Jahre 1757. Auf diese Zeiten bezog sich ihre lateinische Inschrift. Sie zeigte die Namen der beiden Pastoren Vogt und Kayser, auch die Glockengießer trugen den Namen Voigt, Vater und Sohn. Die kleinste Glocke an der anderen Seite war die Betglocke mit Namen Anna. Man hatte sie im Jahre 1771 neu gießen müssen, da sie gesprungen war. Ihr alter Name Anna blieb ihr auch in der neuen Gestalt. Täglich rief sie morgens, mittags und abends zum Gebet. Pfarrer in Halver waren zur Zeit des Neugusses J. P. Kayser und J. W. Ehrenstein, Gießer die Gebrüder Christian und Rötger Voigt.

Zwischen diesen beiden hing also die älteste, unsere heutige sozusagen einzige Glocke. In treuem Verein haben sie alle drei lange Zeit mit wohlklingendem Geläut weithin unsere Gemeinde gerufen und gemahnt. Sie schienen unzertrennlich zusammenzugehören. Sie blieben auch dann noch lange zusammen, als der Weltkrieg 1914—18 schon viele Glocken gefordert hatte. Mehrmals wurden sie geprüft, mehrmals schien es auch, als müßten nun auch sie dem harten Rufe des Krieges folgen. Sie waren geschichtlich wertvoll und wurden geschont. Der Krieg ging seinem Ende zu, da mußten noch im Oktober 1918 die größte und die kleinste Läuteglocke und mit ihnen eine Uhrglocke geopfert werden. Man empfand die Trennung wie ein Opfer. Vier Wochen später kam der Waffenstillstand. Es war nicht anzunehmen, daß unsere Glocken noch zu Kriegszwecken Verwendung gefunden hatten. Das Presbyterium wurde sogleich wegen ihrer Rückgabe vorstellig. Vergeblich: es hieß, die Glocken seien inzwischen zerschlagen und eingeschmolzen worden. Damit mußte man sich abfinden, ja, man mußte froh sein, daß wenigstens die älteste Glocke, in der Mitte der beiden abgegebenen, uns verblieben war. Sie mußte nun in ihrer Einsamkeit allen Dienst der Gemeinde leisten. Sie war nun die Betglocke, sie rief zum Gottesdienst, und sie erklang bei den Begräbnissen.

Es war eine schwere Nachkriegszeit. Die Geldmittel schwanden in der Inflationszeit dahin. Dennoch konnte man schon im Jahre 1921 darauf bedacht sein, neue Glocken zu beschaffen. Sammellisten gingen durch die Gemeinde, durch alle Häuser, über alle Höfe. Es war ein freudiges Geben. Wer hätte nicht gern für neue Glocken eine Gabe übrig gehabt! Die Glockengießerei Schilling in Apolda erbot sich, neue Glocken aus Bronze zu liefern, Bronzeglocken mußten es sein, denn nur solche konnten in Harmonie mit der alten erklingen. Die Firma Schilling erhielt den Auftrag, die Glocken wurden gegossen, und schon im Januar 1922 trafen sie zur großen Freude der Gemeinde in Halver ein, zwei Läuteglocken und eine Uhrglocke. Ihre Weihe erhielten sie am 5. Februar 1922 im Anschluß an den Sonntagsgottesdienst. Die Gemeinde sang zu Beginn der Weihehandlung das Lied „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren." Die Weiherede hielt Pastor D. Dresbach über Psalm 98. Er sprach über die Bedeutung der Glocken und im besonderen über die einzige der Gemeinde Halver noch verbliebene Läuteglocke, die bisher ihren ehernen Klang zu den Gottesdiensten und zu anderen Anlässen habe ertönen lassen. Die neuen Glocken, so führte er weiter aus, sollten nun mit ihr zusammen die Gemeinde zum Gottesdienst einladen, sie zum Gebet rufen und zur Arbeit auffordern. Er fügte den Wunsch hinzu, daß sie von erhabener Warte aus ihren heiligen Dienst verrichten und von Jahrhundert zu Jahrhundert ein zufriedenes Geschlecht sehen und rufen möchten. „Friede sei ihr erst Geläute!" Er weihte die Glocken im Namen des Dreieinigen Gottes und schloß die Feier mit einem Gebet, worauf die Gemeinde die Schlußstrophen des begonnenen Liedes „Lobe den Herren" anstimmte. Die Glocken standen während der



Die Halversche Brandglocke aus dem Jahre 1334 (Foto: Berker)

Ein Helfer in der Not

Heute vor 110 Jahren wurde die Kranken- und Sterbekasse Halver gegründet — Die Nachbarschaft Halver setzte die Bestrebungen fort

Heute vor 110 Jahren wurde der Unterstützungsverein Halver, oder auch die Kranken- und Sterbekasse Halver gegründet. Vielen älteren Gemeindeeingesessenen wird diese Unterstützungskasse noch in guter Erinnerung sein, denn die meisten Bewohner des Ortes Halver waren selbst Mitglied. Bis zum Jahre 1937 hat diese Kasse bestanden, mußte dann aber aufgelöst werden, da durch die Abwanderung vieler Mitglieder die Einnahmen und der Unterstützungsfonds zu gering wurden. Wir lesen in vergilbten Blättern darüber recht interessante Einzelheiten, die zum Teil auch heute noch interessieren.

Am 22. April 1840, also genau heute vor 110 Jahren hat die erste vorläufige Versammlung stattgefunden, in der sich alle Anwesenden bereit erklärten, einem solchen Verein beizutreten und zur Förderung nach Kräften beizutragen. Es wurden Statuten entworfen, die in der nächsten Versammlung am 3. Mai des gleichen Jahres beraten und von den Anwesenden unterschrieben wurden. Damit war die Neugründung des Kranken- und Unterstützungsvereins Halver vollzogen, der dann in den folgenden Jahren eine segensreiche Wirksamkeit entfaltet hat. Nach den Satzungen mußte jedes Mitglied alle vier Wochen einen Beitrag von 4 Sgr. entrichten, dazu eine Eintrittsgebühr oder ein Einschreibegeld von 7 Sgr. Als Unterstützung wurde in Krankheitsfällen, wenn Arbeitsunfähigkeit vorlag, ein wöchentlicher Satz von 15 Sgr. gezahlt, oder wenn das Mitglied oder dessen Frau stirbt eine einmalige Beihilfe von 10 Thalern.

In den Satzungen wurden alle Bewohner des Ortes Halver aufgefordert, vorstehenden Verein beizutreten, denn es sollten außer obigen Sätzen in Krankheits- oder Sterbefällen, wo die Not besonders groß ist, noch eine zusätzliche Beihilfe gezahlt werden. Auch die besser begüterten Halveraner, die nicht auf eine Unterstützung angewiesen waren, wurden aufgefordert, der guten Sache zu dienen. Bis zum 1. Juli 1840 lag die Liste zur Einzeichnung bei dem Direktor des Vereins, Pastor Evertsbusch, offen, damit alle, die dem Verein beitreten wollten, die Möglichkeit hatten, noch als Mitbegründer aufgenommen werden zu können. Nach diesem Zeitpunkt soll das Eintrittsgeld je nach dem Alter gestaffelt werden z. B. bis 36 Jahren 10 Sgr., von 40 Jahren 1 Thaler, von 45 Jahren 3 Thaler 15 Sgr., von 50 Jahren 8 Thaler usw.

Die Satzungen schließen mit folgenden Schlußvers: „Gott, der es gerne sieht, wenn seine Menschen als Brüder sich verbinden, um sich einander in der Not zu helfen, der wolle seinen Segen auf das Werk legen, daß der Verein durch lebendige, allgemeine Teilnahme aller Stände ein Wachstum und fröhliches Gedeihen erhalte. Wo etwas Gutes zu begründen ist, da darf kein wackerer Mann die Hände in den Schoß legen."

Dieser Aufruf verfehlte seine Wirkung bei den Halveranern nicht. Die Mitglieder setzten sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen. In seiner sechsjährigen Wirksamkeit in der Gemeinde Halver hatte Pastor Evertsbusch bis zu seinem Fortzuge nach Altena am 23. November 1845 ein festes Fundament für die Kasse gelegt. Jahrzehntelang trug dieser wachgerufene Gemeinsinn reiche Früchte und vielen Armen und Bedrängten wurde aus der Not geholfen. Die letzten Leiter der Kranken- und Sterbekasse Halver waren Schuhmachermeister Carl Spieß, Hauptlehrer Carl Schulte und Schuhmachermeister Wilhelm Spieß, davon war Hauptlehrer Schulte allein 4 Jahrzehnte derjenige, der mit Umsicht und Tatkraft die Leitung der Kasse geführt hat.

Ueber die Jahrhundertwende und den ersten Weltkrieg hinaus bis zum allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch konnte die Kasse ihren Mitgliedern gegenüber allen Verbindlichkeiten nachkommen. Von diesem Zeitpunkt ab setzte ein ständiger Rückgang der Mitgliederzahl ein, damit natürlich auch eine Verminderung der Einnahmen. Im Jahre 1937 mußte man deshalb die Auflösung der Kranken- und Sterbekasse Halver beschließen. Die Interessen dieses Vereins wurden von der Nachbarschaft Halver übernommen. Im § 1 der Satzung heißt es hier: „Die Nachbarschaft hat den Zweck, bei Sterbefällen ihre Mitglieder nach Maßgabe dieses Statuts zu unterstützen."

Die Nachbarschaft Halver konnte im Januar d. J. auf ein Vierteljahrhundert ihres Bestehens zurückblicken. Sie führt die Belange der Kranken- und Sterbekasse getreulich weiter und hat in den langen Jahren ihres Bestehens manche bittere Not gelindert und in allen Sterbefällen den Mitgliedern getreu zur Seite gestanden.

Fr.



„Für meine Gäste – die TEXAS"

sagt Barmixer HEINZ ANGER

Mit seinen modernen und eleganten Restaurationsräumen ist der zum Hotelschiff umgebaute Drei-Master SEUTE DEERN zu einer der Hauptattraktionen Hamburgs geworden. In der stimmungsvollen kleinen Bar unterhalten wir uns mit Barmixer Heinz Anger, während er uns eine Probe seines Spezial-Cocktails zusammenschüttelt. „Ein guter Barmann muß den Geschmack und die unausgesprochenen Wünsche seiner Gäste vorausahnen. Das gilt für die Getränke, aber nicht minder für die Zigarette, die nun mal zum guten Cocktail gehört: auch sie soll anregen, aber – gut bekommen. **Deshalb empfehle ich meinen Gästen mit Vorliebe die Texas. Sie hat den vollen, süß-würzigen Virginia-Charakter der American Blend und bekommt dabei ausgezeichnet."**

AMERICAN BLEND

Packungen zu 5, 10 und 20 Stück.

TEXAS

» Texas – eine Zigarette, die einem etwas sagt «

W 01031

Mitbestimmungs-Gegenvorschläge der Unternehmer

Betriebsfremde werden abgelehnt – Keine Politisierung des Aktienkapitals

Von unserem Mitarbeiter

ge. Düsseldorf, 21. April

„Totale Vergewerkschaftlichung der Wirtschaft" nennen die Unternehmerverbände die Vorschläge des DGB zum Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer (amtlich „zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft"). Mit der Einrichtung eines Bundeswirtschaftsrates sind sie einverstanden, sie würden wahrscheinlich auch öffentlich-rechtlichen Wirtschaftskammern zustimmen. Aber dann setzt ihre Kritik ein.

Die Forderung, alle Aufsichtsräte paritätisch zu besetzen, sehen sie als Willen der Gewerkschaften an, „alles wirtschaftliche und sozialpolitische Geschehen zentral zu beeinflussen." Betriebsfremde Personen würden in alle Kapitalgesellschaften entscheidend eingreifen können, und der „Aufbau eines machtpolitischen Instruments in den Händen einer Organisation wäre das Ergebnis. Mit einer Bestellung von Aufsichtsräten dieser Art sehen die Arbeitgeber „die restlose Vernichtung des freien Unternehmertums" voraus, weil den selbständigen Unternehmern ein Organ übergeordnet werden würde das zur Hälfte aus im wesentlichen betriebsfremden Personen bestände. Ihre Rechte glichen denen der Aufsichtsräte bei den Kapitalgesellschaften: Ueberwachung, Prüfung, Eingriffe in die Geschäftsleitung.

Weiter fordert der DGB in sämtlichen Unternehmen mit mehr als 20 Mann Belegschaft Wirtschaftsausschüsse, die alle Produktionsfragen des Betriebes behandeln und zwar laufend. Ihre Mitglieder sollen je zur Hälfte von Betriebsleitung und Betriebsrat benannt werden. Von diesen Ausschüssen befürchten die Unternehmer ein „ständiges Mitregieren", weil sie mindestens monatlich einmal zusammentreten sollen. Ferner sprechen sie von „Instanzenhäufung", denn neben Aufsichtsräten, Vorständen oder Betriebsleitern und Wirtschaftsausschüssen bleiben noch die Betriebsräte bestehen. An die Betriebsräte knüpfen die Unternehmer ihre

Gegenvorschläge

an: Informationsrecht über die wirtschaftliche Lage des Betriebes, über die Betriebsbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung. Dazu: Vorschlagsrecht für die Gestaltung und Entwicklung des Betriebes, Beratungsrecht bei der Produktions- und Arbeitsplanung, vor allem bei allen wesentlichen Veränderungen des Unternehmens. Das würde die Vertretung der Arbeitnehmer nicht in die Gefahr bringen, in einen schädlichen Betriebsegoismus zu verfallen. Für die Aufsichtsräte der Kapitalgesellschaften erklären sich die Unternehmer bereit, den Arbeitnehmern bis zu einem Drittel der Aufsichtsratspersonen zu reservieren — aber nur „erfahrenen Belegschaftsmitgliedern des Betriebes". So wollen sie vermeiden, was sie befürchten: Politisierung des Aktienkapitals, Gefährdung der Entschlußfreudigkeit der Betriebsleitung und der Kreditwürdigkeit der Unternehmen.

Mit anderen Worten: Mitbestimmungsrecht, nicht Mitentscheidungsrecht der Arbeitnehmer und nicht Mitbestimmungsrecht „irgendeiner Organisation".

Betriebsfremde sollen ausgeschlossen sein

Der Bonner Gesetzentwurf wird besprochen

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 21. April

Anfang kommender Woche wird dem Bundeskabinett der Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht, der vom Bundesarbeitsministerium ausgearbeitet wurde, zugeleitet. Die Besprechungen zwischen Bundesarbeitsminister Storch und den Gewerkschaften, sowie Vertretern der Arbeitgeberverbände sind zur Zeit noch im Gange.

Der Gesetzentwurf anerkennt das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer grundsätzlich, legte aber das Schwergewicht der Mitbestimmung auf die Betriebsangehörigen selbst, während Betriebsfremde von der Mitbestimmung ausgeschlossen sein sollen. Die Bundesregierung geht dabei von dem Grundsatz aus, daß die Arbeitnehmer voll verantwortlich in den Wirtschaftsprozeß aufzunehmen sind, wie es ihrer Würde als Menschen entspricht. Das Gesetz soll noch vor Beginn der sommerlichen Parlamentsferien in Kraft treten, sofern es die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften und der Hohen Kommission findet.

Ist die „Pfingstrevolution" abgeblasen?

Ein Flugblatt der „friedlichen deutschen Jugend"

Von unserem Mitarbeiter

om. Berlin, 21. April

In Westberlin wird zur Zeit ein „offener Brief an alle deutschen Einwohner in den Westsektoren von Berlin" verbreitet. Er ist unterzeichnet von dem Zentralrat der „Freien Deutschen Jugend" und stellt die Frage: Was ist Pfingsten in Berlin los". Sie beschäftigt bekanntlich schon seit einigen Monaten – man kann es ohne Uebertreibung sagen — die ganze Welt. Die Zeitungen, namentlich in Amerika, sind voll davon, und täglich laufen hier besorgte Anfragen von Verwandten und Freunden ein. Der Alarm wurde veranlaßt durch die Ankündigung, daß Pfingsten 500 000 kommunistisch organisierte Jugendliche in Berlin aufmarschieren würden, um die Berliner Frage zu lösen. Berufene Sprecher der kommunistischen Partei ließen keinen Zweifel darüber, daß das Ziel die Vereinigung Westberlins mit der ostzonalen Republik und die „Verjagung der westalliierten Besatzungstruppen" sei, die sich als zwangsläufige Folge der „machtvollen Demonstration" ergeben werde.

Von all diesem ist in der Flugschrift nichts enthalten. Es handle sich um eine Kundgebung der friedlichen deutschen Jugend für die Einheit und das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Vaterlandes, und die Mittel hierzu seien harmlose Beispiele. Leichtathletik und „die alten schönen Lieder der deutschen Jugendbewegung", die auf den Straßen und Plätzen der Hauptstadt erklingen werden.

Man wird vergeblich versuchen, zu ergründen, was diese Wandlung zur Idylle verursacht hat und was der Zweck der neuen „Sprachregelung" ist. Hat der ostzonale Ministerpräsident Grotewohl aus Moskau den Befehl erhalten, die Pfingstrevolution abzublasen, hat die Weigerung vieler Eltern ihre Wirkung getan, in dem Kinderkreuzzug Opfer für die „gute Sache" zu bringen, wie es ganz offen von ihnen verlangt worden war.

Handwerker-Rechnungen schneller bezahlen

Ueber eine Milliarde DM Außenstände

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 21. April

Die Außenstände im Handwerk, insbesondere im Bauhandwerk, haben einen solchen außergewöhnlichen Umfang angenommen, daß Bundeswirtschaftsminister Erhard sich veranlaßt gesehen hat, in einem Erlaß vor allem die öffentliche Hand, deren Anteil an diesen Außenständen der beträchtlichste ist, zu einer schnellen Bezahlung der Handwerkerrechnungen aufzufordern. Das Handwerk dürfe nicht länger als Kreditgeber in Anspruch genommen werden. Der Kreditbedarf des Handwerks sei sehr groß, könne aber augenblicklich nur in geringem Umfang befriedigt werden. Der Erlaß richtet sich nicht nur an die Wirtschaftsministerien der Länder, sondern auch an die Spitzenorganisationen der Kreise und Gemeinden.

Im gesamten Handwerk haben die überfälligen Außenstände eine Milliarde D-Mark bereits überschritten. Im Bau- und Ausbauhandwerk seien durchschnittliche Außenstände von 4 000 bis 8 000 DM je Betrieb festgestellt worden. Im Kraftfahrzeughandwerk betrügen die Forderungen an die Kundschaft sogar 3000 DM auf den Kopf der Beschäftigten, in einem Betriebe mit zehn Gesellen somit 30 000 D-Mark.

Londoner Hafenstreik nimmt zu. Der inoffizielle Streik der Londoner Hafenarbeiter hat am Freitag zahlenmäßig erheblich zugenommen, so daß, falls eine Beilegung nicht bis Mitte der nächsten Woche möglich wird, Truppen zur Entladung der Schiffe mit verderblichen Nahrungsmitteln eingesetzt werden müssen.

„Kalte Sozialisierung"

dmt. Newyork, 21. April

„Einer der hauptsächlichen Gründe für den Rückgang der sozialistischen Flut, der jetzt in den meisten Teilen der freien Welt sichtbar wird, ist die Tatsache, daß der wichtige sozialistische Schlachtruf, der das öffentliche Eigentum an den Produktionsmitteln fordert, seinen faszinierenden Reiz sowohl für die sozialistischen Führer als auch für die „proletarischen" Arbeiter zu verlieren beginnt." Mit diesen Worten leitet die „New York Times" einen Artikel gegen die Gewerkschaftsvorschläge zum deutschen Mitbestimmungsrecht ein und fährt fort: Nun ist aus Deutschland, der Wiege des marxistischen Sozialismus und Kommunismus und des mit ihnen verbundenen und zugleich von ihnen abweichenden Nationalsozialismus, eine neue Idee gekommen, die man als „kalte Sozialisierung" charakterisieren könnte. Diese Idee, die unter dem Etikett der „wirtschaftlichen Mitbestimmung" der Arbeiter segelt, will eine gleichberechtigte Stimme für die Arbeiter in der Leitung jedes einzelnen Betriebes vorsehen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern auch bezüglich anderer bisher dem Unternehmertum vorbehaltenen Funktionen, einschließlich der Unternehmerpolitik, der Produktionsmethode, des Produktionsumfanges, des Beschäftigungsgrades, der Verteilung, Ernennung des Betriebsleitungspostens und schließlich des Verkaufes, der Stillegung oder Auflösung des Betriebes selbst.

Für die deutschen Industriellen bedeutet diese Maßnahme nicht nur Sozialisierung, sondern auch industrielle Auflösung (wörtlich übersetzt: industrielle Paralyse) in einem Zeitpunkt, da die deutsche Industrie dringend der Ertragssteigerung und der Anpassung an die neuen Bedingungen der Weltwirtschaft bedarf. Aber wenn sie (die Maßnahme der wirtschaftlichen Mitbestimmung) in Deutschland einmal verwirklicht ist, noch unter westlicher Besetzung, könnte sie wohl einen Funken entzünden, der die „kalte Sozialisierung" zu einem ebenso großen Schlager in der ganzen westlichen Welt machen würde, wie es die Nationalisierung in der Vergangenheit gewesen ist.

Harlan-Verteidiger fordert Freispruch. Dr. Zippel, der als erster der beiden Verteidiger Harlans am Freitagvormittag plädierte, forderte den Freispruch seines Mandanten. Wenn am Sonnabend der zweite Verteidiger sein Plädoyer gehalten hat, wird Veit Harlan am Montag eine abschließende Erklärung abgeben können. Das Urteil wird Ende nächster Woche erwartet.

Wetterbericht

Weiterhin warm

An der Nordseite eines über Italien gelegenen Tiefdruckgebietes strömt weiterhin warme Festlandluft nach Nordwestdeutschland.

Vorhersage: Fortbestand des frühlingshaften warmen Wetters, das nachmittags und abends durch örtliche Schauer unterbrochen wird. Weitere Aussichten: Noch keine durchgreifende Aenderung.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver, Kirchstraße 5 Fernruf Halver 442. Hauptschriftleitung: Dr. Düsenberg. Lokale Schriftleitung: Werner Bell, Halver. Erscheint werktäglich. Postverlagsort: Halver i. W.

Statt jeder besonderen Anzeige

Heute morgen verließ uns nach langem schwerem Leiden unsere geliebte und verehrte Mutter und Schwiegermutter, unsere gütige Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Heinrich Steinbach

Johanne geb. Winkhaus

im 80. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:

Hanna Steinbach
Hermann Steinbach u. Frau, Hilde geb. Fischbach
Erich Wippermann u. Frau, Elise geb. Steinbach
Frau Peter Steinbach, Erika geb. Tatsch
Margarete und Peter Wippermann
Sibylle, Caspar Heinrich u. Dorothee Steinbach

Oberbrügge, Halver, Bad Wildungen, den 21. April 1950

Die Beerdigung findet am Montag, dem 24. April 14.30 Uhr zum Familienfriedhof in Oberbrügge statt.

Trauerfeier im engsten Familienkreise.

Beileidsbesuche waren nicht im Sinne der Verstorbenen.

Bettfedern-Reinigung



in moderner Anlage.

Kornblum Gustav Kotho
SCHALKSMÜHLE i/W

Dr. Oetker Backberatung

Große Backvorführung mit SIEMENS-Geräten
im Hotel zur Post
Inh.: Eugen Funke
Halver, Marktstraße 8
am Montag, d. 24. April, 15 Uhr
Anschließend bis 5. Mai die beliebten Backberatungen:
dienstags u. donnerstags: 14 u. 19.30 Uhr
mittwochs u. freitags: 9 u. 14 Uhr

Inlett-Indrarot 80 und 160 cm breit, farbecht, federn- und daunendicht, zu DM 9.80 und DM 12.25
Federn, Halbdaunen und Daunen, höchste Füllkraft, von DM 6.60 bis DM 15.00 je ½ Kilo
empfiehlt
Hugo Nieding, Halver,
von Vinckestraße 56.

Schulentlassenes Mädchen sucht
Lehrstelle
im Büro oder Geschäft. Zu erfr. in der Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers.

DRÄHTE



DRAHT-GEFLECHTE
preiswert und gut, z. B. 50 m am Stück verzinkt:
1 m hoch DM 12,95
½ m hoch DM 7,70
Ihr Lieferant:
Joh. Chr. Herdepe Söhne
Halver Ruf 160

Tapeten, Farben
Lacke, Glas
in besten Qualitäten empfiehlt
W. Bordfeld
Schalksmühle · Jägerstraße 4

Vielfach-Geräte
in modernster und bester Ausführung
noch sofort lieferbar.
Höngen
Landmaschinen
Kamscheid · Ruf Halver 556

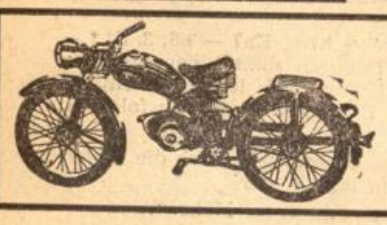
Fahren Sie ihn und Sie urteilen:
Ein
begehrenswerter
Wagen



BORGWARD
»HANSA 1500«
Unverbindliche Vorführung durch:
Vertragshändler
Auto-Streppel,
Halver Ruf 108.

Neuanmeldungen
der Kinder ab 3 Jahren werden bis zum 1. Mai entgegen genommen.
Evgl. Kindergarten Halver.

Gardinen
TEPPICHHAUS
Schmidtbonn
HAGEN
ELBERFELDER-STR. 53



„Imme" RT 100
Das Rad der Zukunft
Näheres bei
AUTO STREPPEL
Halver Ruf 108

3 Zimmer-Wohnung in Halver gegen
3 Zimmer in der Umgegend von Halver zu tauschen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers.

Berufstätiges Ehepaar sucht
1-2 möblierte Zimmer
in HALVER.
Seidel, Schließfach 93